



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTURELLE ANGELEGENHEITEN
A-1014 Wien, Minoritenplatz 5 · Telefon (0222) 531 20-0

GZ 10.000/78-Parl/95

Wien, 16. August 1995

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Univ. Prof. Dr. Heinz FISCHER

XIX. GP.-NR
1467/AB

Parlament
1017 Wien

1995 -08- 22

zu

1475/8

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1475/J-NR/1995 betreffend Gratisverteilung von Sicherheitsreflektoren an Schüler, die die Abgeordneten Josef Meisinger und KollegInnen am 23. Juni 1995 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

1. Unterstützt das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten das Tragen von Sicherheitsreflektoren bei Schülern?
2. Welche Anstrengungen hat das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten bisher im Rahmen der Verkehrserziehung unternommen, das Tragen von Sicherheitsreflektoren unter den Schülern zu fördern?

Antwort:

In allen zur Verwendung empfohlenen Lehr- und Lernmaterialien für die schulische Verkehrserziehung finden sich methodisch aufbereitete Hinweise darauf, daß es für alle Verkehrsteilnehmer - insbesondere für Fußgänger und Radfahrer - von besonderer Wichtigkeit ist, sich entsprechend sichtbar zu machen. In diesem Zusammenhang werden auch Möglichkeiten wie helle Kleidung und die auf dem Markt befindlichen reflektierenden Arm- und Stirnbänder, reflektierende Bänder zum Aufnähen und Aufkleben sowie Pendelblitze etc. angesprochen und deren spezielle Funktionen erläutert. Darüber hinaus hat die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt in Absprache mit dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten vor drei Jahren in einer österreichweiten Aktion sogenannte Pendelblitze an VolksschülerInnen verteilt.

- 2 -

Die besten Erfahrungen hinsichtlich der Verwendungshäufigkeit werden mit jenen Materialien gemacht, die fest mit Kleidungsstücken oder Schultaschen, Turnäckchen etc. verbunden sind. Diverse Schleifen zum Umhängen, Stirnbänder oder Armschleifen werden, sobald sie den Reiz des Neuen verloren haben und sofern der nötige Druck von seiten der Eltern fehlt, wieder beiseitegelegt.

3. Waren diese Anstrengungen in dieser Hinsicht erfolgreich?

Antwort:

Wie von seiten der VerkehrserziehungsreferentInnen an den Landesschulräten (Stadtschulrat für Wien) berichtet wird, ist die Bereitschaft zum Tragen dieser Materialien deutlich gestiegen.

4. Könnte ihrerseits (Anm.: sollte sicherlich "Ihrerseits" heißen) nicht noch mehr unternommen werden?

5. Hat das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten schon eine Gratisverteilung von Reflektoren an den Schulen unternommen?

6. Wenn nein, warum nicht?

7. Sind für 1995 dafür finanzielle Mittel vorgesehen?

8. Wurde mit Werbeträgern über eine Gratisverteilung gesprochen (man könnte auf die Reflektoren Werbeaufdrucke anbringen)?

Antwort:

Die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet weiterhin verstärkt tätig zu sein, steht außer Frage. Da bisher von seiten des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten noch

- 3 -

keine Gratisverteilung reflektierender Materialien erfolgt ist, wurde im Februar dieses Jahres in Gesprächen mit den VerkehrserziehungsreferentInnen an den Landesschulräten (Stadtschulrat für Wien) erwogen, zumindest die SchülerInnen der ersten Schulstufe mit Materialien dieser Art zu versorgen. Die Idee scheiterte aber an den dafür notwendigen Mitteln. So würde etwa die Verteilung von reflektierenden Armbändern 3 Mio. S kosten. Versuche, die Materialien durch Sponsoren finanzieren zu lassen sind deshalb gescheitert, da Armbänder, Schärpen etc. sehr wenig Platz bieten, um etwa ein Firmenlogo werbewirksam zu plazieren.

Um dennoch Aktivitäten in diesem Bereich zu setzen, werden folgende Maßnahmen ergriffen:

Im Rahmen der Aktion "Gemeinsam sicher", die im Herbst dieses Jahres anläuft, wird verstärkt auf die Wichtigkeit des Tragens reflektierender Materialien hingewiesen. Darüber hinaus werden in Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) die auf dem Markt erhältlichen Materialien neuerlich gesichtet und im Hinblick auf ihre Qualität und Einsetzbarkeit geprüft. Es wird auch zu prüfen sein, welche speziellen Materialien für welche Altersgruppe besonders zu empfehlen sind. In der Folge werden dann von jenen Firmen, die qualitativ entsprechende Produkte vorgelegt haben, Angebote eingeholt, die nach Stückzahlen gestaffelt sind. Dadurch wird es möglich, allen SchülerInnen an Volksschulen reflektierende Materialien zum Großhandelspreis anzubieten und trotzdem das Budget nicht zu belasten. Die Bestellungen würden direkt von der Schule aus erfolgen. Die Aktion wird erlaßmäßig bekanntgegeben.

9. Welche konkreten Maßnahmen plant das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, um die Anzahl der Unfallopfer unter Schülern zu senken?

- 4 -

Antwort:

Folgende Maßnahmen sind geplant:

Das projektorientierte Arbeiten im Bereich der AHS, BMS sowie BHS wird vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst forciert, indem die neukonzipierte "Projektmappe Verkehrserziehung" zur Verfügung gestellt wird.

Das neukonzipierte ModeratorInnen-Handbuch für Elternabende aus Verkehrserziehung wird fertiggestellt. Die Eltern sollen im Rahmen von Elternabenden konkrete Informationen für die Verkehrserziehungsarbeit mit ihren Kindern erhalten.

Die österreichweite Fahrradhelmaktion wird (zum 4. Mal) durchgeführt. Alle SchülerInnen der 4. und 5. Schulstufen haben die Möglichkeit, einen geprüften Fahrradhelm zum Großhandelspreis zu beziehen. Dazu werden von den diesbezüglichen Firmen Helmmodelle vorgelegt. Diese werden von der AUVA technisch geprüft. Aufgrund der zu erwartenden Stückzahlen (im Durchschnitt pro Schuljahr 30.000 Helme) ist eine Kalkulation zum Großhandelspreis möglich. Die Bestellungen erfolgen direkt von den Schulen aus.

Die Zusammenarbeit mit den Fahrschulen (gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit) wird intensiviert.

Der spezielle Ausbildungszweig "Verkehrserziehung" im Rahmen der Lehrerausbildung in Pädagogischen Akademien (ein diesbezügliches Curriculum-Modell wurde bereits erarbeitet) wird installiert.

In einer österreichweit durchgeführten Studie unter dem Titel "Verkehrsberuhigung um Schulen" (durchgeführt von Univ. Prof. Dr. H. Knoflacher, TU Wien, im Schuljahr 1993/94) wurden die vom motorisierten Straßenverkehr ausgehenden Gefahrenpotentiale

- 5 -

im Schulumfeld erhoben. Ausgehend vom vorliegenden Datenmaterial sind die VerkehrserziehungsreferentInnen an den Landesschulräten (Stadtschulrat für Wien) laufend bemüht, die Schulen bei Anträgen zur Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen im Schulumfeld zu beraten. Beratung und Hilfestellung dieser Art erfolgen auch unmittelbar durch Beamte meines Ressorts.

In einem vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten eingerichteten Arbeitskreis unter dem Titel "Verkehrsrecht und Schule" sollen von Seiten der Schulbehörde gewünschte legistische Anstöße im Bereich der Straßenverkehrsordnung bzw. des Kraftfahrzeuggesetzes gesetzt werden, die der Sicherheit der SchülerInnen dienen. Dieser Arbeitskreis setzt sich aus VertreterInnen des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, des Bundesministeriums für Inneres, der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, des Kuratoriums für Verkehrssicherheit sowie der Kraftfahrer-Clubs zusammen.

Die Bundesministerin:

